



Pressemitteilung

Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e.V.

BHG: International wettbewerbsfähiger Mehrwertsteuersatz auf Beherbergungsdienstleistungen muss Bestand haben

BHG-Präsident Gallus fordert Verlass auf politische Entscheidungen und Planungssicherheit für die Branche

(München) Anlässlich der aktuell aufgeflammten Diskussion um die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Beherbergungsdienstleistungen fordert der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e.V. (BHG) auf, zu den Fakten zurückzukehren: Wenn in einer internationalen Branche par excellence wie der Hotellerie 22 von 27 EU-Staaten den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Beherbergungsdienstleistungen anwenden, dann hat die Bundesregierung auf diesem Gebiet lediglich einen jahrzehntelangen Wettbewerbsnachteil beseitigt. „Zudem wirkt die Maßnahme wie ein Konjunkturpaket, denn das Gastgewerbe ist standorttreu, vergibt Aufträge bevorzugt an Handwerker und Zulieferer aus der Region und bietet allein in Bayern 310.000 Arbeits- und 16.000 Ausbildungsplätze flächendeckend im ganzen Land an, bis in den letzten strukturschwachen Winkel hinein“, erläutert BHG-Präsident Siegfried Gallus und ergänzt: „Wenn die Investitionsbereitschaft mit dieser Intensität anhält, werden auch die dadurch bedingten direkten Steuermindereinnahmen mittelfristig kompensiert werden.“

Gallus: „Wir haben Wort gehalten. Gäste, Mitarbeiter, Handwerker, Zulieferer, Umwelt sowie letztlich auch Staat und Kommunen haben von dieser Maßnahme unterm Strich profitiert. Wir brauchen jetzt Planungssicherheit, alles andere wäre höchst kontraproduktiv für den Ruck, der durch die Branche gegangen ist.“ Sein Resümee: „Auf politische Entscheidungen muss man sich verlassen können, ein Hüh und Hott in der Gesetzgebung würde den Wirtschaftsstandort Deutschland nachhaltig beschädigen.“

Bei der geplanten strukturellen Überprüfung der Mehrwertsteuersätze wird sich der BHG konstruktiv und intensiv in die Gespräche einbringen, um die ohne Zweifel bestehende Benachteiligung der Gastronomie schnellstmöglich zu beseitigen.

- Ende der Pressemitteilung -